

Flüchtlinge

Neid und Mißgunst

Bund und Länder wollen an den Flüchtlingen aus dem Osten sparen, um wachsenden Sozialneid bei den Bundesbürgern zu dämpfen.

Brigitte Eberle, Sprecherin der Hamburger Sozialbehörde, kennt die emotionale Lage der Hansestädter genau. „Was früher für viele die Türken waren“, sagt sie, „sind heute die DDRler.“ Wegen der anhaltenden Massenflucht aus dem Osten beschweren sich täglich Dutzende von Anrufern bei der Behördenfrau und fordern einen Zugangsstopp: „Jetzt reicht's, die sollen gefälligst drüben bleiben.“

Bundesweit registrieren die Beamten seit letzter Woche vermehrt solch neue Fremdenfeindlichkeit. Vor allem die großzügige Bemessung von Arbeitslosengeld und die wachsende Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt erregen den Unmut der Einheimischen.

„Noch 1 Million Flüchtlinge? Das hält Deutschland nicht aus“, prophezeite die *Hamburger Morgenpost*. Und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sah Probleme auftauchen, „von denen sich manche in Bonn noch keine Vorstellungen machen“.

Offenbar doch. Seit kurzem basteln Unionspolitiker an einer Gesetzesvorlage, die helfen soll, Sonderrechte für Aus- und Übersiedler zu beseitigen und die Regierung vor Volkeszorn zu schützen.

„Wir wollen Neid und Mißgunst den Boden entziehen“, begründete Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) das sogenannte Eingliederungsanpassungsgesetz, das voraussichtlich am 1. Januar in Kraft treten soll. Der Gesetzentwurf hilft, ganz nebenbei, 430 Millionen Mark zu sparen.

Der dickste Brocken: Anstelle eines Arbeitslosengeldes bekommen die Zuzügler künftig ein pauschaliertes Eingliederungsgeld, das zum Teil deutlich unter den bisherigen Bezügen liegt. Nach altem Recht erhält etwa ein geflüchteter Oberarzt aus Schwerin zwölf Monate lang rund 2000 Mark Arbeitslosengeld, so, als ob er in Köln oder Kassel gearbeitet und Beiträge geleistet hätte. Das Eingliederungsgeld hingegen läßt die berufliche Qualifikation außer acht: Von Januar an bekommt der Oberarzt genauso wie ein Handwerker oder Arbeiter nur 1001 Mark monatlich.

Die Bonner Gesetzesvorlage sieht noch weitere Einschränkungen vor:

► Aus- und Übersiedlern wird künftig für den Verlust ihres Hausrats eine einheitliche Entschädigung von 1400 Mark gezahlt, bislang waren bis zu 1800 Mark drin;

► besondere Freibeträge, die den Zuzüglern bei der Berechnung des Wohngeldes zugestanden wurden, entfallen;

► eine Sozialwohnung bekommt nur noch, wer unterhalb der Einkommensgrenze liegt, die für alle Bundesbürger gilt – die Neubürger waren bisher bevorzugt;

► Steuervorteile, etwa besondere Freibeträge für Vertriebene, werden gekappt.

Die Oppositionsparteien haben gegen die Rotstiftpolitik kaum Einwände. „Es muß nicht alles falsch sein, was von der Union kommt“, beschreibt Übersiedlerexperte Willi Hoss von den Grünen die Haltung seiner Partei.

Auch die Sozialdemokraten begrüßen grundsätzlich die Gesetzesinitiative. Ihr einziger Kritikpunkt: Sie befürchten, daß ein Teil der Unterhaltskosten für die DDR-Flüchtlinge auf die Länder und Gemeinden abgewälzt wird. Denn nach Schäubles Entwurf liegt die vom Bund bezahlte Unterstützung für eine vierköpfige Übersiedlerfamilie demnächst unter den Leistungen für einen bundesdeutschen Sozialhilfeempfänger, die Differenz müssen die ohnehin schon arg gebeutelten Kommunen zahlen.

Unter dem Etikett der Gerechtigkeit geht Bonn auch einen zweiten kosten-trächtigen Komplex an: Arbeitsminister Norbert Blüm will das Krankengeld kürzen, es soll künftig nur noch so hoch sein wie das Eingliederungsgeld.

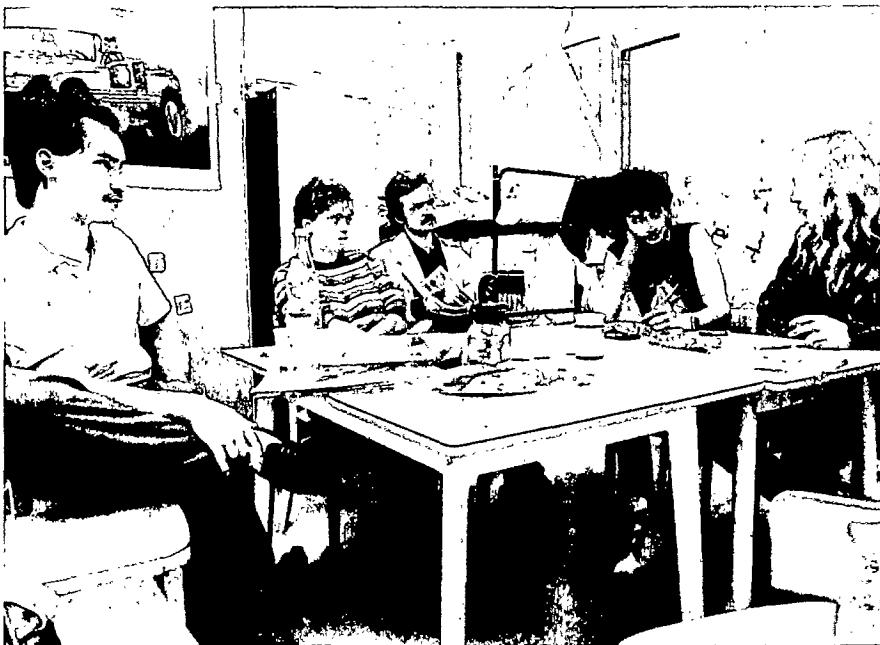
Anlaß für den Vorstoß ist ein Bericht des Bundesrechnungshofs, rund 60 Prozent der DDR-Flüchtlinge, die in Berlin ankommen, ließen sich erst mal arbeitsunfähig schreiben. Mehr als zwei Millionen Mark muß die Berliner Allgemeine Ortskrankenkasse derzeit monatlich aus zahlen, weil eine Reihe von Ärzten den Zuzüglern Gefälligkeitsgutachten stellt mit der Standard-Diagnose „Übersiedlungssyndrom“ oder „Adaptionsschwierigkeiten“.

Der Schmu ist offensichtlich: Die Namen der Ärzte hängen gleich beim Aufnahmela ger Marienfelde in der Telefonzelle. Anreiz zum Schummeln bietet das noch geltende Sozialrecht, nach dem das Krankengeld häufig höher ist als das Arbeitslosengeld. „Damit ist bald Schluß“, sagt ein Sachbearbeiter im Arbeitsministerium, „ich bin sicher, daß die Leute im nächsten Jahr dann viel weniger am Kulturschock leiden.“

Auch einzelne Bundesländer wollen nun neiderweckende Sonderrechte für Zuzügler eindampfen. So hat der Berliner Senat ein zusätzliches Überbrückungsgeld von 55 Mark und spezielle Umzugsbeihilfen für Aus- und Übersiedler gestrichen. Und die kostenlose Bahn- und Buskarte für den öffentlichen Nahverkehr gilt demnächst nur noch für einen Monat, statt wie bisher für drei.

Besonders rigoros verfolgt Bayern den Sparkurs. Ab sofort stehen Einheimische bei der Vergabe von Sozialwohnungen besser da. Die Dauer der Ortsansässigkeit soll den Ausschlag geben, frisch zugereiste DDR-Bürger müssen sich ganz hinten anstellen.

Schon zuvor haben die Bayern Übersiedler zu vergraulen versucht, indem sie die Übernachtungsgebühren in den



Flüchtlinge im bayerischen Wohnheim: Bis zum Mietwucher

staatlichen Wohnheimen bis zum Mietwucher hochtrieben. Für ein Etagenbett in einem Kabuff, vollgestopft mit sechs Personen, kassiert der Freistaat 180 bis 300 Mark im Monat, gut dreimal soviel wie andere Bundesländer.

Besonders schmerzlich für viele DDR-Flüchtlinge: Sie können den Freistaat nicht einmal verlassen. Denn um den Zuzüglerstrom auf die ganze Republik zu verteilen, werden die Übersiedler nach ihrer Ankunft im Übergangslager den Gemeinden zugewiesen. Wer auf freier Wahl des Wohnorts besteht, verliert alle Unterstützung durch die Länder. Die entsprechende Rechtsgrundlage hat der Bundestag im Juli beschlossen. „Das Grundrecht der Freizügigkeit“, heißt es im Wohnortzuweisungsgesetz, „wird insoweit eingeschränkt.“

Damit soll verhindert werden, daß etwa Berlin oder Niedersachsen, bevorzugte Wohnziele von DDR-Flüchtlingen, unter dem Massenansturm zusammenbrechen, während sogenannte Minus-Länder wie Schleswig-Holstein hinter den staatlich festgelegten Quoten zurückbleiben.

Natürlich könne er niemanden zu seinem Glück zwingen, beschreibt ein Beamter im Aufnahmelaager Gießen die gängige Praxis: „Wenn einer darauf besteht, nach Berlin zu ziehen, auch wenn er nach Konstanz soll, zucken wir hier mit den Schultern und sagen: Geh mit Gott.“

Medien

Gespaltene Nation

Westdeutsche Politiker fordern, DDR-Fernsehen bundesweit anzubieten.

Die Deutschen haben den Kanal noch lange nicht voll. Obwohl sie mancherorts bis zu 24 TV-Sender empfangen können, vermissen viele neuerdings ein Angebot, das bis vor kurzem noch als das langweiligste in Europa galt: die beiden Programme des DDR-Fernsehens.

Die Live-Übertragungen von der sanften Revolution in der anderen Republik, die Polit-Talkshows mit Oppositionellen und gewendeten SED-Funktionären können nur in wenigen Haushalten empfangen werden. „Das gehört doch derzeit zu den spannendsten Sendungen“, klagen zahlreiche Anrufer bei der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, „und wir kriegen nichts mit.“ Verkehrte Welt: Früher wurde die Dresdner Senke, wo die Signale der bundesdeutschen Sender ARD und ZDF

nur schwach ankamen, als „Tal der Ahnungslosen“ verspottet. Doch während selbst die Sachsen im fernen Osten mittlerweile über eigens gelegte Kabel mit „Tagesschau“ und „Schwarzwaldklub“ versorgt werden, klagen nun Bundesbürger und Westpolitiker, sie seien von wichtigen Informationen abgeschnitten.

Im Bundestag forderte der Abgeordnete Reinhold Hiller (SPD), die Ost-Programme müßten alsbald ins bundesdeutsche Kabelnetz eingespeist werden. FDP-Vize Gerhart Baum verlangt, daß zum „europäischen Haus“ nun mal „eine Gemeinschaftsantenne“ gehöre.

Der SPD-Medienexperte Klaus-Jürgen Lais hätte sogar auf das Tennis-

teilnehmer, die in einer grenznahen Region wohnen: Dort kommen die Ostprogramme über Antenne. Und nur dort, wo DDR 1 und DDR 2 laut Bundespost „ortsmöglich empfangbar“ sind, dürfen die Programme von drüben ohne Sondervereinbarungen mit Ost-Berlin auch in große Kabelnetze eingespeist werden. Zusätzlich bestehen diverse eigens genehmigte Exklaven für Klein-Netze mit weniger als 3000 Teilnehmern – die westdeutsche Fernsehnation ist gespalten.

Dem ist nur schwer abzuwehren. Selbst wenn es technisch möglich wäre, dürften die Westdeutschen nach den international gültigen Konventionen die DDR-Programme nicht einfach klaben und hierzulande über Kabel bundesweit verbreiten. Verhandlungen mit Ost-Berlin hat es bisher allerdings noch nicht gegeben. Das Bundespostministerium des Christdemokraten Christian Schwarz-Schilling argumentiert: „Die DDR muß die Initiative ergreifen.“

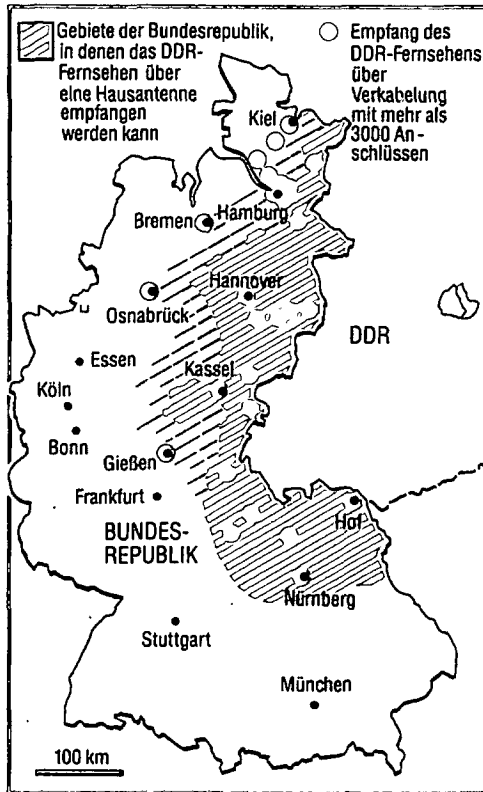
Doch Ost-Berlin scheut bisher die Investitionen, die für einen Anschluß ans westdeutsche Kabelnetz nötig sind. Die DDR müßte für zwölf Millionen Mark pro Jahr und Programm einen Platz auf einem der westdeutschen Satelliten mieten, etwas billiger wäre es bei der sowjetischen Konkurrenz. Um die Sendungen erst mal nach oben zu übertragen, wäre außerdem eine sogenannte Up-Link-Station erforderlich.

Für den Weg des TV-Signals vom Himmel zurück zu einer der knapp 400 westdeutschen Satelliten-Empfangsanlagen, die das Kabelnetz versorgen, wäre bei Fremdsatelliten eine „Down-Link-Gebühr“ an die Bundespost zu zahlen, dazu ein Sonderbeitrag für die Umwandlung der DDR-üblichen Secam-Farbnorm in die hierzulande gebräuchliche Pal-Norm. Dabei ist

noch nicht einmal sicher, daß die Ost-Programme überhaupt ein freies Plätzchen fänden.

Auf einigen Kanälen haben sich ausländische Sender wie der englischsprachige „Super Channel“ oder das französische „TV 5“ etabliert. Die lassen sich, obwohl die Rundfunkgesetze der meisten Bundesländer deutschsprachigen Programmen Vorrang einräumen, kaum verdrängen, solange das Geschäft mit den Werbezeiten läuft.

Mit Reklame, die einen Teil der Investitionen wieder einspielt, können die DDR-Wirtschaftsplaner ohnehin nicht dienen. Ostdeutscher Volksmund hat dennoch einen ironischen Werbetext für den Trabant-Hersteller VEB Sachsenring Zwickau parat: „Wir brauchen nur zwei Arbeiter bei der Produktion des Trabi – der eine falzt, der andere klebt.“ ◀



Halbfinale in Paris verzichtet – zugunsten der „aufregendsten Veranstaltung, die in den letzten Jahren auf deutschem Boden stattfand“: der Massen-Demonstration auf dem Alexanderplatz, die vom Ost-Fernsehen vorletzten Samstag, so lobte Lais, „fünf Stunden lang live übertragen wurde“.

Ein erstes Trostpflaster liefert seit dem Wochenende der Satelliten-Kanal 3Sat: Der Sender, eine Gemeinschaftsproduktion des ZDF, der Schweizer und Österreicher, strahlt nun täglich zum Programmschluß eine Aufzeichnung der DDR-Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“ aus.

Doch der reguläre Empfang der beiden DDR-Programme ist nur in jedem zehnten der rund 25 Millionen Haushalte der Bundesrepublik möglich. Dieses Privileg haben vorwiegend die Fernseh-